



Nr. 482 | 27.05.2026

Russland-Analysen

Regionalhaushalte
Internet
Luftraumverletzungen

ANALYSE	
Die strukturellen Probleme der regionalen Haushalte in Russland Andras Toth-Czifra (New York City)	2
STATISTIK	
Schulden regionaler Haushalte	6
KOMMENTAR	
In Russland: Der Wandel von passiver Internetzensur zu aktiver Durchsetzung Daria Dergacheva (ZeMKI, Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung, Universität Bremen)	9
DOKUMENTATION	
Russisch-ukrainischer Krieg: Verletzung der Lufträume von Nachbarländern	12
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	14

Die strukturellen Probleme der regionalen Haushalte in Russland

Andras Toth-Czifra (New York City)

DOI: 10.31205/RA.482.01

Zusammenfassung

Die Haushaltsdefizite russischer Regionen wachsen zunehmend und dauerhaft. Ausgleichszahlungen wie auch Reserven werden aufgezehrt. Neue Schulden, finanziert durch kommerzielle Kredite mit erhöhter Zinslast, werden aufgebaut, denn Einnahmen aus der von Unternehmen gezahlten Körperschaftsteuer sinken. Betroffen sind nicht nur Regionen mit zuvor hohen Rohstoffexporten, sondern auch krisengeschüttelte Industrieregionen ebenso wie mittlerweile wichtige Finanzzentren. Die Folge sind Kürzungen in grundlegenden Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur und Versorgung, mitunter weil die politischen Handlungsspielräume auf regionaler Ebene eingeschränkt sind und Einsparungen in politisch sensiblen Bereichen wie Sozialpolitik, Rekrutierung und Veteranen kaum möglich sind. Diese Entwicklung zeigt die strukturellen Probleme einer zentralisierten föderalen Struktur, die darauf abzielt, die Kontrolle über Ressourcen auf nationaler Ebene zu maximieren, während das tägliche Krisenmanagement und die politische Verantwortung dezentralisiert werden.

Die Lage

Ende April 2026 schlug der russische Finanzminister Anton Siluanow Alarm wegen der wachsenden Defizite der Regionen. Unter Verweis auf Zahlen, die die Rechnungskammer zu Beginn des Jahres veröffentlicht hatte, wies Siluanow darauf hin, dass das Gesamtdefizit der konsolidierten Haushalte der 83 Regionen Russlands sowie der sechs besetzten Gebiete in der Ukraine (die ebenfalls Teil des regionalen Haushaltssystems sind) im Jahr 2025 über 1,5 Billionen Rubel (etwa 18 Mrd. Euro) betrug – ein beträchtlicher Anstieg von knapp unter 300 Milliarden (etwa 3,6 Mrd.) im Jahr 2024 und 200 Milliarden im Jahr davor in einem Haushaltssystem mit Gesamtausgaben von gut 25 Billionen Rubel (etwa 300 Mrd. Euro). 73 Regionen schlossen das Jahr mit einem Defizit ab. Von der Größenordnung her war das Defizit fast vergleichbar mit dem Defizit des Haushalts auf der nationalen Ebene (5,63 Billionen bei einem föderalen Haushalt mit Gesamtausgaben von fast 43 Billionen Rubel).

Trotz des laufenden Schuldenerlassprogramms der föderalen Regierung sah Siluanow in diesem Jahr keinen Ausweg aus dem Problem und prognostizierte, dass die konsolidierten Defizite auf 1,9 Billionen Rubel (etwa 23 Mrd. Euro) ansteigen würden. Dies entspricht den auf den regionalen Konten (ohne die Stadt Moskau) bis Ende 2025 angesammelten Reserven – die ihrerseits im vergangenen Jahr um eine Billion Rubel gesunken sind. Natürlich spiegelt die Verteilung der Reserven nicht die Verteilung des Defizits wider. In vielen Fällen ist es genau umgekehrt. Der Bericht der Rechnungskammer hob hervor, dass 28 Regionen das dritte Jahr in Folge ein Defizit verzeichneten, während die Transferzahlungen der nationalen Ebene an die Regionen – insbesondere die frei verfügbaren föderalen Zuschüsse – seit

mehreren Jahren stagnieren oder zurückgehen, von insgesamt 3,92 Billionen Rubel (etwa 47 Mrd. Euro) im Jahr 2022 auf geplante 3,66 Billionen (etwa 44 Mrd. Euro) für 2026, während gleichzeitig hohe Ausgaben für die besetzten Gebiete in der Ukraine den Anteil der anderen Regionen verringern. Viele dieser Regionen haben ihre angesammelten Reserven aufgebraucht und waren bereits vor Ende 2025 auf ein Sicherheitspolster angewiesen, das die Ausgaben nur für einige Tage oder Wochen decken konnte.

In den Bilanzen der Regionen stiegen die Schulden bei kommerziellen Geldgebern 2025 um 450 Milliarden Rubel (etwa 5,4 Mrd. Euro). Im Ergebnis stiegen die Kosten für den Schuldendienst im vergangenen Jahr in den regionalen Haushalten außerhalb Moskaus um 47 Prozent, obwohl das russische Finanzministerium fast ein Jahrzehnt lang versucht hatte, die Regionen davon abzuhalten, über kommerzielle Kredite die Zinsbelastung zu vergrößern. Die Einschränkung subventionierter Kredite und Kürzungen bei den föderalen Zuweisungen zwangen aber Regionen mit hohen Defiziten, die Zusammensetzung ihrer Schulden hin zu teureren Marktkrediten zu verlagern. Zwar handelt es sich dabei nur um etwa 30 Milliarden Rubel (etwa 360 Mio. Euro), doch sind diese nicht gleichmäßig verteilt. Die Schuldendienstkosten der Region Irkutsk stiegen in der ersten Hälfte des Jahres 2025 um das Elfache, und die Region hatte im Laufe des Jahres weiterhin mit Haushaltsdefiziten zu kämpfen. Die Region Nowosibirsk war gezwungen, ihre Ausgaben für das Schuldenmanagement in ihrem Haushalt 2026 fast zu verdoppeln. Die Gesamtverschuldung der Regionen, die größer ist als das aktuelle Haushaltsdefizit, erreichte bis Ende 2025 3,5 Billionen Rubel (etwa 42 Mrd. Euro), was einem Anstieg von 13,4 Prozent gegenüber 2024 entspricht.

Hohe Zinssätze kommen den Regionen auch zugute, da sie so Erträge aus ungenutzten Mitteln auf ihren Konten erzielen können, doch auch hier sind Regionen mit akuterer Haushaltsproblemen strukturell benachteiligt.

Kürzungen bei den Grundbedürfnissen

Die meisten Regionen starteten mit stark eingeschränkten Ausgaben und hohen geplanten Defiziten ins Jahr 2026. Daten des Finanzministeriums für das erste Quartal 2026 deuten darauf hin, dass sich die angespannte Lage weiter verschärft hat. Die meisten russischen Regionen verzeichneten selbst nominal geringere Einnahmen aus der von Unternehmen gezahlten Körperschaftsteuer als im Vorjahr, womit sich der im letzten Jahr begonnene Trend fortsetzte. Diejenigen, die ihre Einnahmen steigern konnten, sind überwiegend Regionen im Fernen Osten, die von Projekten im Zusammenhang mit Russlands Neuausrichtung auf asiatische Märkte profitieren, Regionen im Nordkaukasus, in denen die Einnahmen der Körperschaftsteuer historisch niedrig waren, sowie Regionen mit direkter Verbindung zum Rüstungskomplex, die von der Vorfinanzierung des staatlichen Rüstungsauftrags profitieren. Zugleich büßten Regionen, die vom Rohstoffexport abhängig sind, einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen ein, so wie auch mehrere Regionen, die sich auf Branchen wie Metallurgie und Petrochemie stützen.

Eine Welle von Haushaltsänderungen, die normalerweise für die zweite Jahreshälfte vorgesehen ist, ist ungewöhnlich früh eingetreten. Dennoch können die Regionen in einem Wahljahr (Parlamentswahlen im September 2026) die Ausgaben für Sozialpolitik oder Ausgaben im Zusammenhang mit der Rekrutierung und der Integration von Veteranen nicht wesentlich einschränken, solange der Krieg eine unbestreitbare Priorität der russischen Führung darstellt. Andere Posten hingegen können und wurden gekürzt. Neunzehn Regionen haben die Gesundheitsausgaben bereits in ihren geplanten Haushalten erheblich reduziert. Seit 2022 haben 66 Regionen mindestens einmal ihre Budgets für Wohnen und Versorgung gekürzt, wobei 33 diese Maßnahme im Jahr 2025 getroffen haben und 15 dies für 2026 planen. Auch die Lohnkosten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst werden in einigen Regionen zurückgefahren, was in der Praxis die Aussetzung von Prämien und den Abbau nicht geschützter Stellen im öffentlichen Dienst bedeutet – wobei Omsk, Irkutsk, Moskau und das Gebiet Krasnojarsk besonders große Kürzungen planen. Die Stadt Moskau, die in den ersten beiden Monaten des Jahres ein nominales Einnahmenwachstum von nur 2 Prozent verzeichnete – eine deutliche Verfehlung des in der Haushaltsplanung festgelegten Wachstumsziels von 6,5 Prozent –, kündigte erhebliche Kürzungen des Investitionsprogramms sowie des Personalbestands im öffentlichen Dienst an.

Die Krise ist am stärksten in Regionen zu spüren, deren dominierende Industriezweige unter anhaltenden Krisen leiden, und nicht in Regionen, die als arm gelten und deren Haushalte von föderalen Transferzahlungen abhängig sind, da diese Transferzahlungen – wenn auch stagnierend oder leicht rückläufig – weiterhin eingehen, während der Rückgang der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in einigen Regionen mit einseitiger Industriestruktur zu einem deutlicheren Einnahmerückgang geführt hat. Ein weiterer Unterscheidungsfaktor ist die Art der Industrie. Regionen, die überwiegend von der Rüstungsproduktion abhängig sind, d. h. von Betrieben, die mit einem stetigen Auftragseingang aus dem staatlichen Kriegsbudget rechnen können, sowie Regionen mit Industrieprojekten, die für Russlands erzwungene Handelsorientierung auf die asiatischen Märkte im Fernen Osten entscheidend sind, sind im Allgemeinen besser gestellt: Tschuwaschien, die Regionen Tula und Kurgan, die stark von der Rüstungsproduktion abhängig sind, sowie Regionen im Fernen Osten, die nicht auf Rohstoffgewinnung angewiesen sind, schnitten im vergangenen Jahr bei der Erhebung der Körperschaftsteuer deutlich besser ab als andere.

Die schlechtesten Defizitindikatoren im Jahr 2025 wiesen Regionen auf, deren Schlüsselindustrien – vor allem Kohle, Metallurgie, Holzverarbeitung und Automobilbau – unter anhaltenden Krisen litten. Viele von ihnen verfügten zudem nur über geringe Reserven, was sie in eine finanzielle Gefahrenzone brachte. Dazu gehörten die Region Wologda, wo die Krise der Stahlindustrie die Steuereinnahmen von Severstal, dem wichtigsten Steuerzahler der Region, drastisch reduzierte; die Region Kemerowo, die nach zwei Jahren der Krise im hier dominierenden Kohlebergbau ein Defizit in Höhe von 35 Prozent ihrer eigenen Einnahmen verzeichnete, während die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer zusätzlich zu einem bereits schlechten Jahr 2024 um mehr als 30 Prozent zurückgingen; die Regionen Nowosibirsk, Irkutsk und Orenburg, wo ein Einnahmerückgang in der Rohstoff- und petrochemischen Industrie zu einem starken Einbruch der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer führte (mehr als 40 Prozent in der Region Orenburg), wobei schon vorher praktisch keine Reserven vorhanden waren; nordwestliche Regionen, die von Exporten in europäische Märkte abhängig sind, wie Archangelsk und Murmansk; aber auch einige der Öl- und Gasförderregionen Russlands, wie die Republik Komi.

In Ermangelung zusätzlicher günstiger föderaler Finanzierungen und angesichts hoher Kreditzinsen haben Regionalregierungen mit hohen Defiziten die Wahl zwischen einer weiteren Erhöhung ihrer Schuldendienstkosten oder drastischen Ausgabenkürzungen, in der Hoffnung, dass dies zumindest kurzfristig nicht

zu untragbaren politischen Risiken führt. Eine langfristige Perspektive kommt nicht in Frage. Nur einige Beispiele: Die Region Kemerowo hat ihr Bildungsbudget für 2026 um 20 % und ihr Gesundheitsbudget um 30 % gekürzt. Die Region Irkutsk durchlief im vergangenen Jahr eine ausgewachsene Finanzkrise, als die Regionalregierung versuchte, die Ausgaben für öffentliche Bedienstete drastisch zu senken. Die Region Nowosibirsk führte im April eine pauschale Kürzung des Regionalhaushalts durch, und zwar ausgehend von den bereits konservativen Haushaltsplänen, die 2025 verabschiedet worden waren. Die Liste lässt sich fortsetzen, da mehrere Regionalregierungen Ausgaben kürzen, ohne formelle Änderungen zu verabschieden.

Ein strukturelles Problem

Dieser Rückgang der regionalen Finanzen ist bemerkenswert, da die Regionen wichtige staatliche Aufgaben finanzieren, die nicht nur entscheidend dafür sind, dass im Kriegsfall die Versorgung im Inland aufrechterhalten bleibt, sondern höchstwahrscheinlich auch den zivilen Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg beeinflussen werden, einschließlich der Langzeitpflege für Hunderttausende traumatisierter Veteranen. Etwa zwei Drittel der regionalen Ausgaben entfallen auf Sozialleistungen und Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung (z. B. Instandhaltung und Bau von Krankenhäusern, Gehälter und Zulagen für medizinisches Personal), Wohnen und Versorgung (einschließlich Investitionen in die Modernisierung maroder Infrastruktur).

Diese Ausgabenprioritäten bilden das finanzielle Rückgrat einer stark zentralisierten föderalen Struktur, die darauf abzielt, die Kontrolle über Ressourcen und Daten auf nationaler Ebene zu maximieren, während das tägliche Krisenmanagement und die politische Verantwortung dezentralisiert werden. Die Gouverneure der Regionen werden anhand einer Reihe von Leistungsindikatoren durch die Präsidialadministration bewertet; sie sind den Bürgern gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Seit 2021 haben sie kaum noch unabhängige Kontrolle über die meisten Schlüsselpositionen in ihrer Regierung und nur sehr begrenzte Kontrolle über die Ressourcen, die sie zur Finanzierung der in Moskau festgelegten Haushaltsprioritäten einsetzen müssen. Die von der Staatsduma festgelegten Einkommens- und Körperschaftssteuern machen mehr als die Hälfte der regionalen Steuereinnahmen aus. Durch Transferzahlungen von der nationalen Ebene steigt dieser Anteil auf über 70 Prozent. All dies wird auf föderaler Ebene festgelegt, was den Regionen nur sehr wenig Spielraum lässt, weitere Einnahmen zu generieren. Oft müssen sie sich auf Instrumente wie kurz- oder langfristige Haushaltskredite, Schuldenerlass oder zusätzliche Transferzahlungen im Ermessensspielraum der nationalen Regierung

verlassen und die Kosten für die Umsetzung politischer Maßnahmen an den lokalen Privatsektor weitergeben.

Das Defizitproblem ist daher nicht vorübergehend; es ist struktureller Natur, und es bedarf mehr als eines vorübergehenden Aufschwungs der russischen Wirtschaft, um es zu beheben, insbesondere wenn der Motor des Aufschwungs entweder die Rüstungsproduktion oder die Öl- und Gasindustrie ist.

Kriegsbedingte Veränderungen in der russischen föderalen Regierungsführung haben das oben skizzierte zentrale Strukturproblem verschärft und negative Entwicklungen beschleunigt. Ganz unmittelbar hat der Krieg in der Ukraine die regionalen Haushalte offensichtlich belastet. Im Jahr 2025 stiegen die Sozialausgaben – die den höchsten Anteil an den kriegsbedingten Ausgaben der Regionen ausmachen – in den regionalen Haushalten um fast 20 %, was nur die jüngste einer Reihe von über der Inflationsrate liegenden Ausgabensteigerungen darstellt. Steigende Einberufungsprämien und andere, versteckte kriegsbedingte Ausgaben (wie Beschäftigungshilfen für Kriegsteilnehmer oder Beiträge zum Wiederaufbau) lassen sich aufgrund kreativer Haushaltsplanung im Zeitverlauf schwerer quantifizieren, belasten aber ebenfalls weiterhin die regionalen Haushalte.

Der ständige Bedarf der nationalen Regierung, Mittel zur Finanzierung der Kriegsanstrengungen zu beschaffen, hat zu Steuererhöhungen geführt, die zwar dem föderalen Haushalt zugutekamen, aber durch die Verteuerung der Arbeitskräfte, die Verringerung der Gewinnmargen, die Verschlechterung der Lebensfähigkeit kleiner Unternehmen und die geringere Vorhersehbarkeit des Steuersystems insgesamt die Wirtschaftstätigkeit dämpften und damit den regionalen Haushalten letztlich dennoch schaden. In ähnlicher Weise werden vorübergehende Gewinne aus der Blockade der Straße von Hormus in Form von unerwarteten Öleinnahmen vor allem dem nationalen Haushalt und, in geringerem Maße, einer Handvoll Ölförderregionen zugutekommen, solange die föderale Regierung – wie es den Anschein hat – den Überschuss vorrangig dafür verwendet, Kürzungen im Bundeshaushalt aufzuschieben und die Vorfinanzierung von Rüstungsaufträgen voranzutreiben.

Unzureichende Lösungen

Die zur Entlastung der regionalen Finanzen vorgeschlagenen oder umgesetzten Lösungen wurden dem Ausmaß der Herausforderung bislang nicht gerecht. Das laufende Schuldenerlassprogramm der föderalen Regierung hat im Wesentlichen die bisherige Politik abgelöst, regionale Schulden durch günstige Haushaltsdarlehen zu ersetzen: Die Regionen investieren ihre eigenen Mittel in Infrastruktur oder andere gesellschaftlich bedeutende Projekte, und die nationale Regierung reduziert

ihre ausstehenden Schulden bei Haushaltsdarlehen um einen entsprechenden Betrag, bis zu 1 Billion Rubel (etwa 12 Mrd. Euro) bis 2030. Darüber hinaus hat der russische Präsident Wladimir Putin – möglicherweise in Anerkennung der anhaltenden Verschlechterung der regionalen Finanzen – im April 2026 vorgeschlagen, dass die Regierung die Frist für die Rückzahlung von 100 Milliarden Rubel (etwa 1,2 Mrd. Euro) an in diesem Jahr fälligen Schulden auf einen späteren Zeitpunkt verschiebt. Dies ist kein unbedeutender Geldbetrag; er wird jedoch von der Größe des wachsenden Defizits in den regionalen Haushalten in den Schatten gestellt und könnte in einigen Fällen sogar einen Anreiz für regionale Regierungen darstellen, auf Investitionen zu verzichten, sofern sie nicht sicher sind, Anreize zur Schuldenreduzierung zu erhalten.

Die nationale Regierung hatte Schwierigkeiten, bei einem ähnlich umfangreichen Kreditprogramm Auflagen durchzusetzen. Die Prüfung des Infrastruktur-Budgetkreditprogramms durch die Rechnungskammer, das rund 700 Milliarden Rubel für regionale Infrastrukturprojekte bereitstellte, ergab, dass den Regionen keine wirklichen Sanktionen drohten, wenn sie die Kreditbedingungen nicht erfüllten; dass die Auswahlkriterien lax waren, Projektziele regelmäßig verfehlt wurden und dass einige Regionen sogar eine Art kreative Buchführung betrieben – indem sie gleichzeitig die Tarife für Versorgungsleistungen durch Hinzufügen von Investitionskomponenten erhöhten und Infrastrukturkredite aufnahmen. Neu eingeführte Änderungen würden auch das Problem angehen, dass reichere Regionen mit besseren Kofinanzierungsmöglichkeiten im Wettbewerb um diese Kredite im Vorteil waren; damit würden sie jedoch auch die Höhe der Mittel begrenzen, die jede Region erhalten könnte.

Über den Autor

Andras Toth-Czifra ist Politik- und Risikoanalyst und Fellow im Eurasien-Programm des Foreign Policy Research Institute (FPRI). Zuvor war er als Non-Resident Fellow am Center for European Policy Analysis (CEPA) tätig, arbeitete als Analyst bei der in Berlin ansässigen European Stability Initiative, war politischer Berater für ungarische Mitglieder der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament sowie als freiberuflicher Politikanalyst für Beratungsunternehmen tätig. Darüber hinaus war er im privaten Sektor als Analyst und Berater mit Schwerpunkt auf Sicherheits- und Cybersicherheitsfragen im Zusammenhang mit Europa und Russland tätig. Andras Toth-Czifra ist auf russische und osteuropäische Politik spezialisiert und veröffentlicht regelmäßig Analysen zu Russland u. a. in seinem Blog »No Yardstick«.

Lesetipps

- Toth-Czifra, Andras: No place to hide a deficit, Riddle Russia, April 27, 2026 <https://ridl.io/no-place-to-hide-a-deficit/>

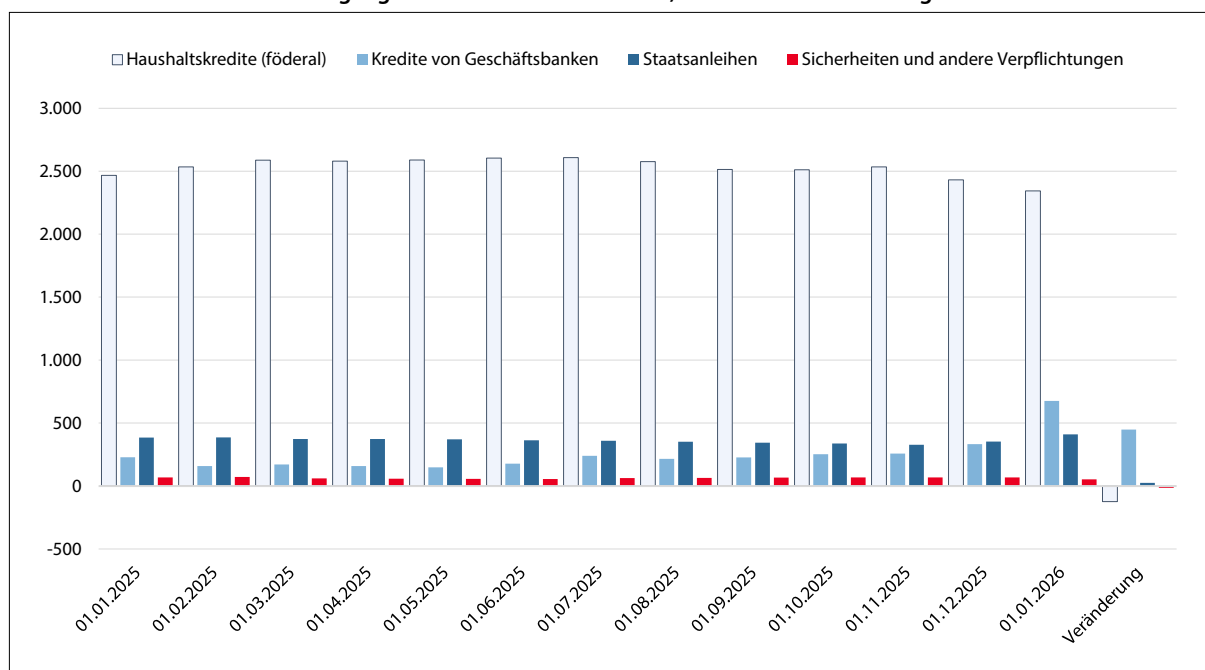
Anfang dieses Jahres schlug der Verband der Kreditgeber Russlands weitere Lösungen vor, darunter die Einführung eines Multiplikationskoeffizienten bei der Grundsteuer für Personen, die drei oder mehr Wohnungen besitzen, sowie die Neueinstufung von E-Commerce-Lieferpunkten als Handelsobjekte und die Besteuerung von Carsharing am Verkaufsort. Den Regionalregierungen wird daher geraten, zu versuchen, mehr Geld von den lokalen Eliten einzuziehen – denselben Eliten, auf die sie sich gleichzeitig verlassen, um die Kosten für zentral verordnete Maßnahmen wie die Wiedereingliederung von Veteranen und soziale Unterstützung zu bewältigen, was die Beziehungen zwischen Regierung und lokalen Elite weiter belastet.

Diese Lösungen haben weder den Umfang noch die Tiefe, um die strukturellen Probleme der mehrstufigen Haushaltsplanung in Russland anzugehen. Auch eine Lockerung der Geldpolitik allein würde dies nicht leisten, da die nationale Regierung mit ziemlicher Sicherheit versuchen würde, die Mehreinnahmen einzuziehen. Ebenso wenig würde das Ende des Krieges die Probleme verschwinden lassen, da dies die langfristigen Auswirkungen des Krieges wie den Wiederaufbau des Militärs, erhöhte soziale Verpflichtungen oder die Aushöhlung von Eigentumsrechten nicht mindern würde. Das Problem würde zudem eine umfassende Überarbeitung des Systems von Anreizen und Rechenschaftspflichten erfordern, das der regionalen Haushaltsplanung zugrunde liegt. In Zeiten akuter finanzieller Belastungen, wie etwa bei anhaltender wirtschaftlicher Stagnation oder einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, mag das derzeitige System zwar noch genügend Mittel zur Finanzierung des Krisenmanagements bereitstellen, es bietet jedoch keine Anreize zur Krisenprävention.

STATISTIK

Schulden regionaler Haushalte

Grafik 1: Zusammensetzung regionaler Schuldenhaushalte, monatliche Entwicklung für 2025 in Mrd. Rubel

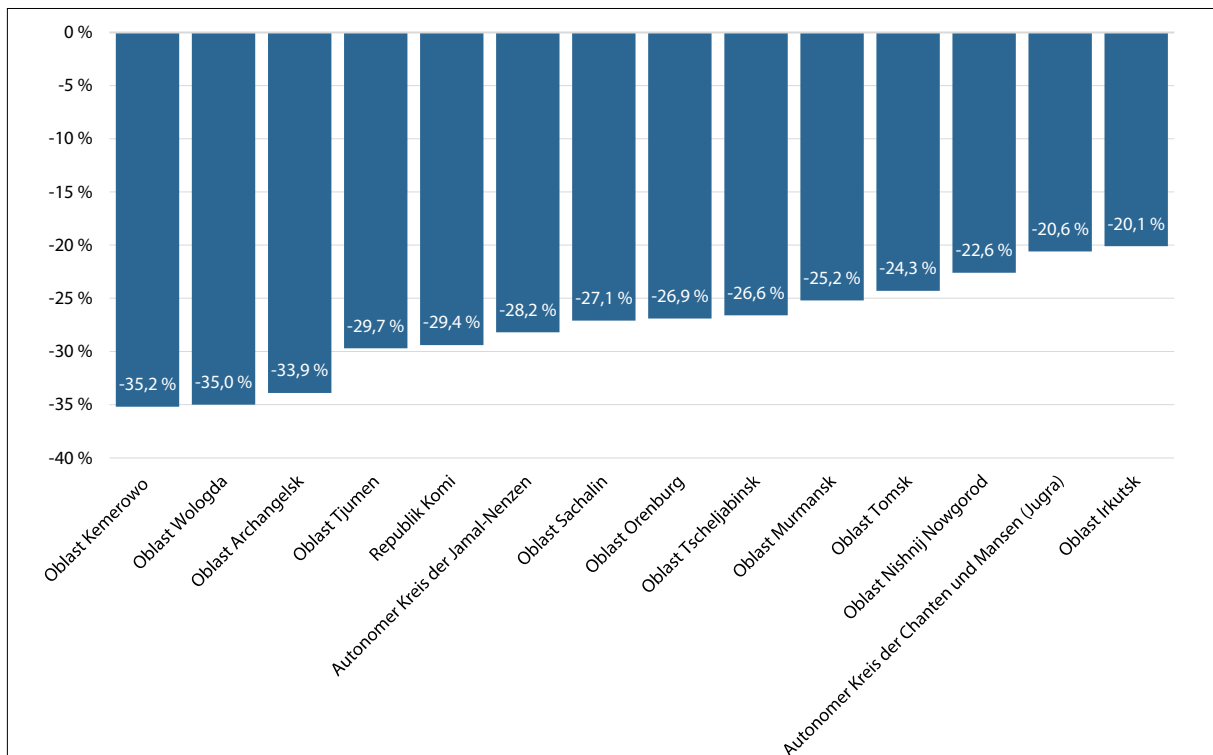
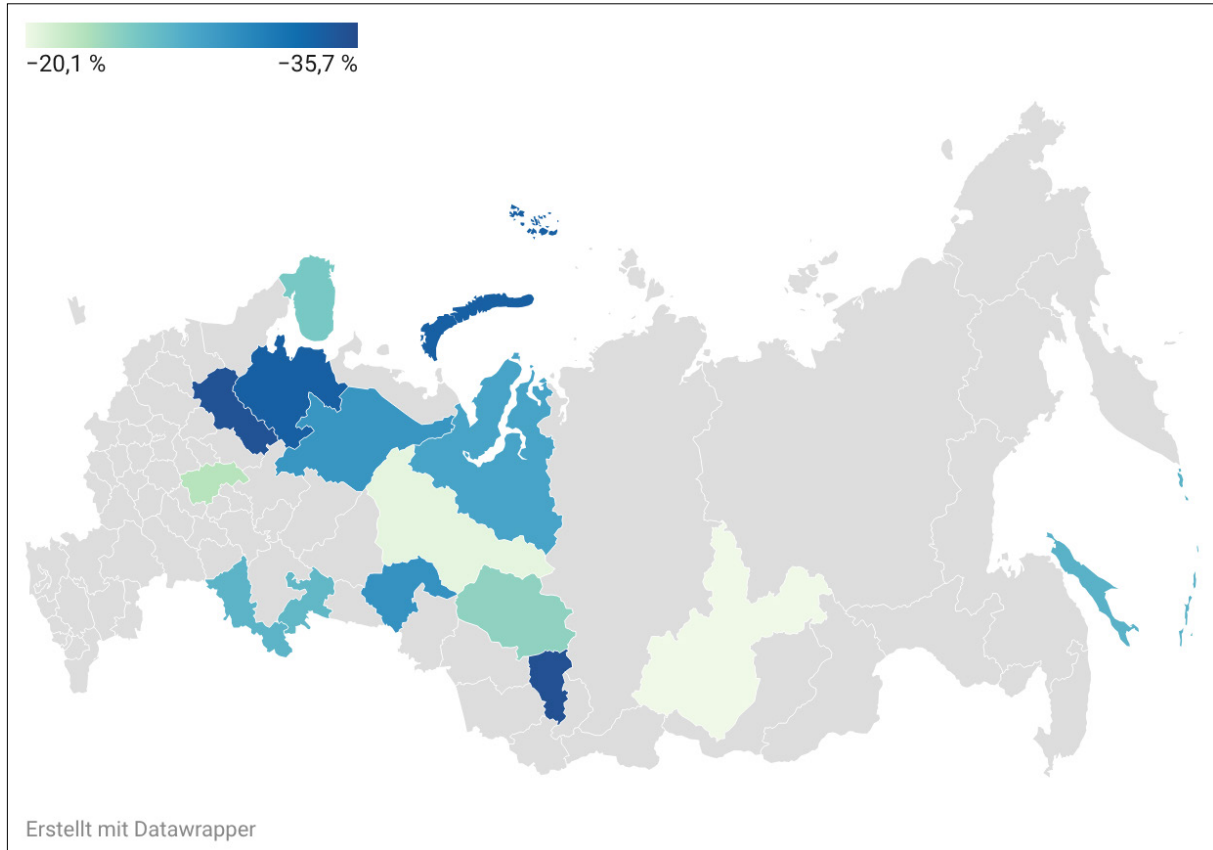


Schuldinstrument	01.01.2025	01.02.2025	01.03.2025	01.04.2025	01.05.2025	01.06.2025	01.07.2025
Haushaltskredite (föederal)	2.467	2.534	2.587	2.580	2.588	2.604	2.607
Kredite von Geschäftsbanken	228	159	171	159	148	177	240
Staatsanleihen	385	386	373	373	370	363	359
Sicherheiten und andere Verpflichtungen	68	72	60	58	57	55	63
Insgesamt	3.148	3.151	3.191	3.170	3.163	3.199	3.269

Schuldinstrument	01.08.2025	01.09.2025	01.10.2025	01.11.2025	01.12.2025	01.01.2026	Veränderung
Haushaltskredite (föederal)	2.576	2.513	2.511	2.534	2.431	2.343	-124
Kredite von Geschäftsbanken	215	227	252	257	332	676	+448
Staatsanleihen	351	344	337	328	353	410	+25
Sicherheiten und andere Verpflichtungen	64	67	68	68	68	53	-15
Insgesamt	3.206	3.151	3.168	3.187	3.184	3.482	+334

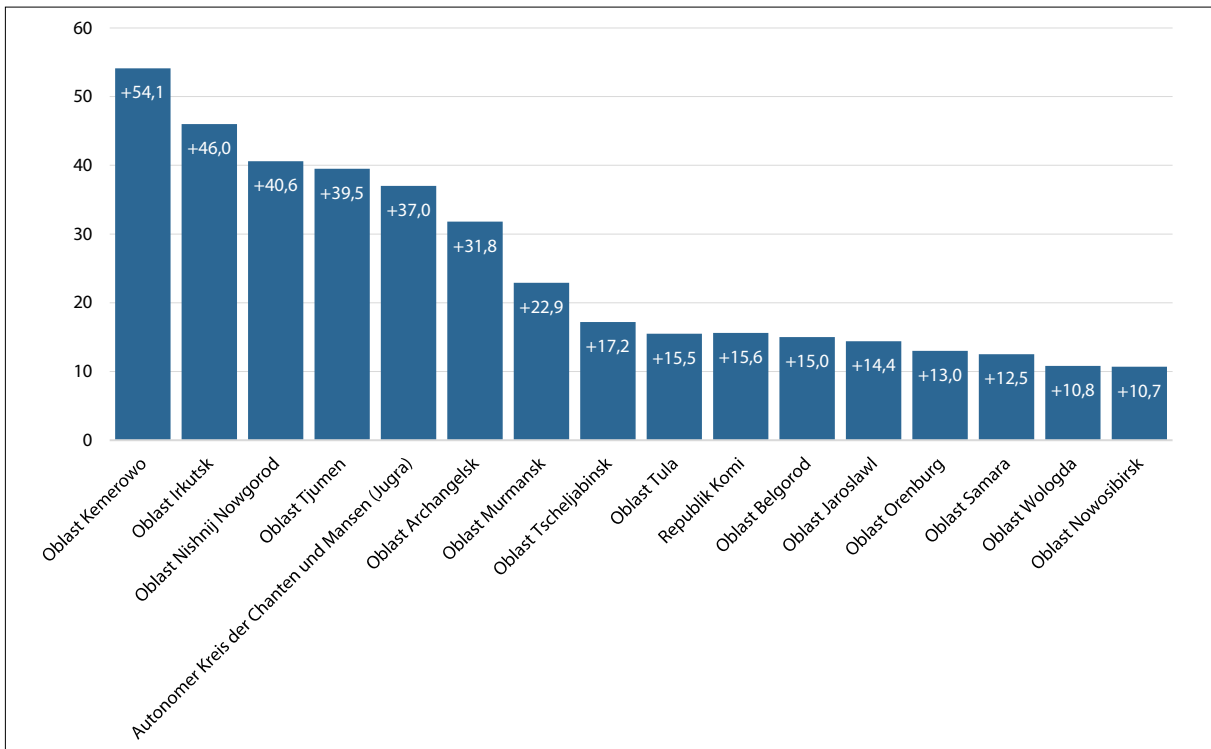
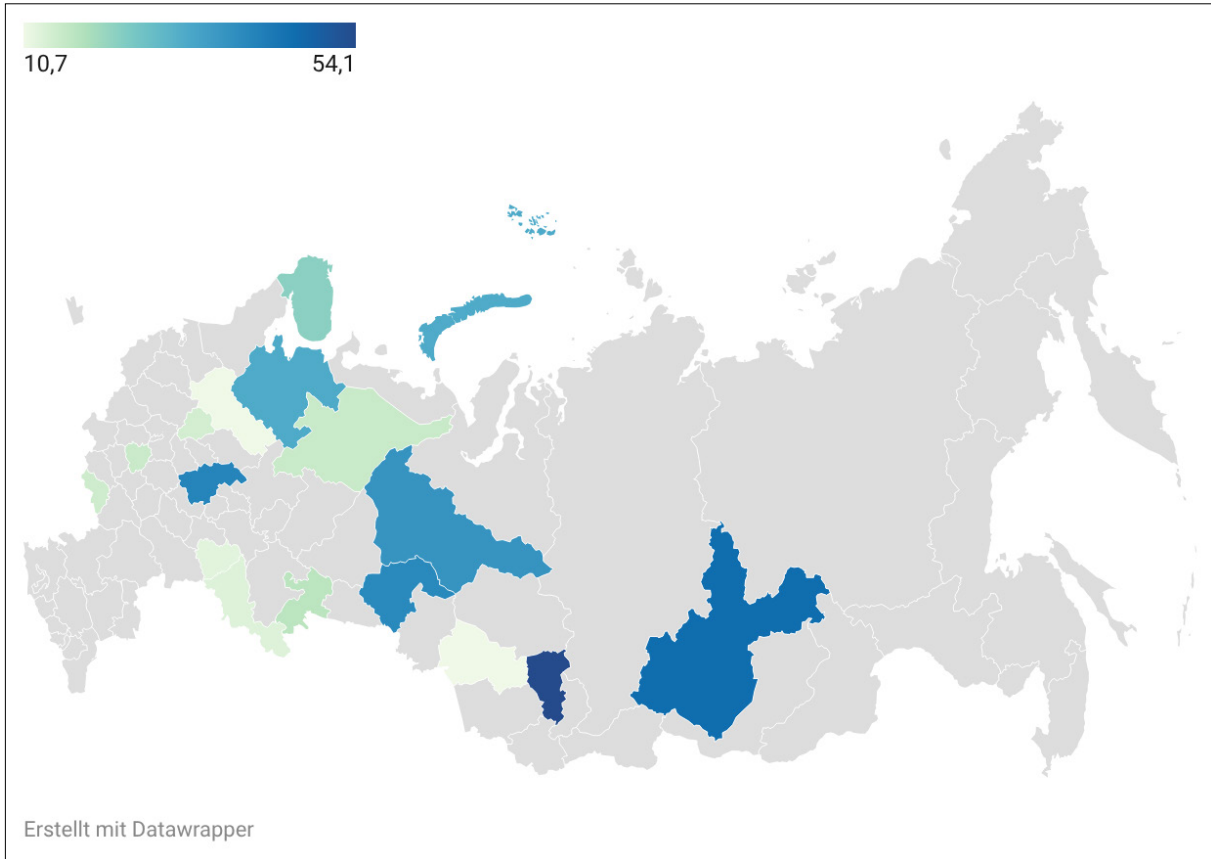
Quelle: Rechnungshof der Russischen Föderation, Operativer Bericht über die konsolidierten Regionalhaushalte, Jan.–Dez. 2025

Grafik 2: Regionale Haushaltsbilanz 2025 für ausgewählte Regionen Russlands
 (Defizit gemessen an den eigenen Einnahmen in Prozent, nicht konsolidiert)



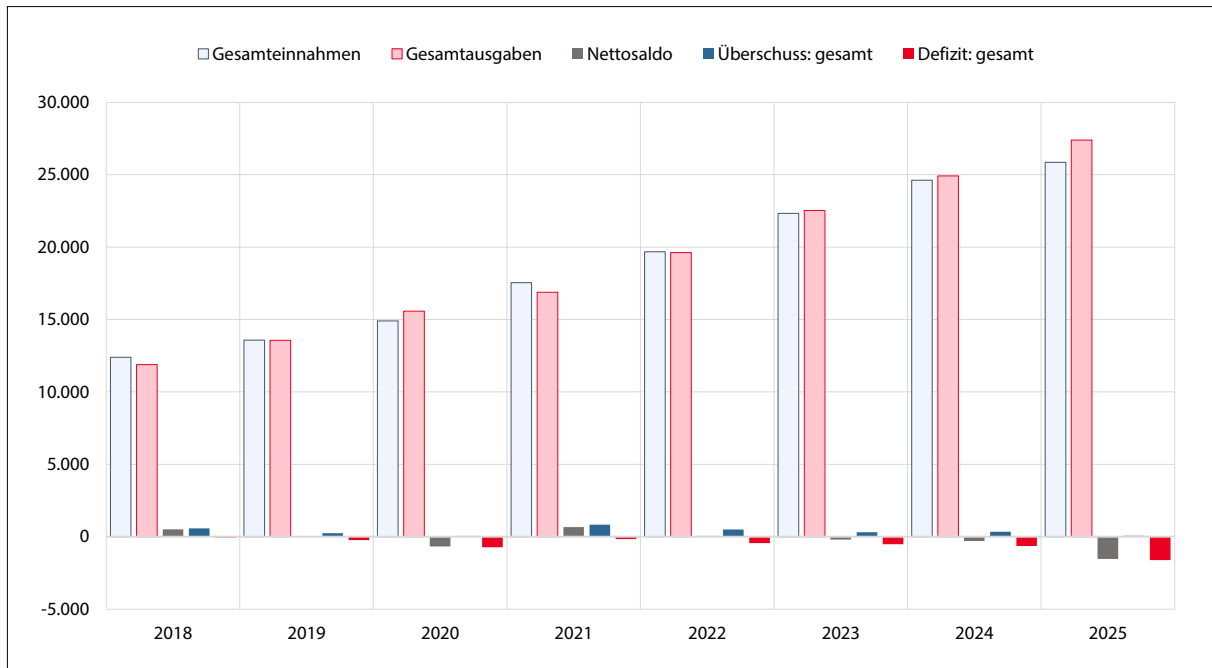
Quelle: Föderales Finanzministerium, Formular 0503317, Stand: 01.01.2026

Grafik 3: Veränderung der Kreditverbindlichkeiten bei Geschäftsbanken, 2025, ausgewählte Regionen Russlands (Mrd. Rubel)



Quelle: Rechnungshof der Russischen Föderation, Operativer Bericht über die konsolidierten Regionalhaushalte, Jan.–Dez. 2025, veröffentlicht im März 2026, S. 34.

Grafik 4: Konsolidierte Regionalhaushalte, 2018–2025 (in Mrd. Rubel)



Einheit	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Gesamteinnahmen	12.392,5	13.572,3	14.901,2	17.546,3	19.676,9	22.325,0	24.621,5	25.858,8
Gesamtausgaben	11.882,2	13.567,6	15.577,7	16.885,6	19.626,3	22.525,1	24.919,3	27.397,3
Nettosaldo	+510,3	+4,7	-676,6	+660,8	+50,6	-200,1	-297,8	-1.538,5
Überschuss: gesamt	575,2	237,6	53,3	830,3	497,4	314,6	340,7	70,2
Defizit: gesamt	-64,9	-232,9	-729,9	-169,5	-446,8	-514,7	-638,5	-1.608,7

Quelle: Rechnungshof der Russischen Föderation, Operativer Bericht über die konsolidierten Regionalhaushalte, Jan.–Dez. 2025

KOMMENTAR

In Russland: Der Wandel von passiver Internetzensur zu aktiver Durchsetzung

Daria Dergacheva (ZeMKI, Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung, Universität Bremen)

Was geschieht

Anfang April 2026 nahmen die Bemühungen der russischen Regierung deutlich an Fahrt auf, den Zugang zu allem im Internet einzuschränken, was sich ihrer Kontrolle entzieht. Abgesehen von anhaltenden Abschaltungen des mobilen Internets – darunter eine beispiellose, drei Wochen andauernde Sperre in der Hauptstadt – gibt es nun einen Krieg gegen VPNs, Versuche, »Whitelists« sowohl für mobile Internetverbindungen als auch für Heimnetzwerke einzuführen, sowie die Sperrung des letzten »westlichen« Messengers, Telegram.

Wie alles begann

Die russischen Behörden beschäftigten sich bereits Anfang der 2010er Jahre intensiv mit dem sogenannten RuNet. Damals erstellte die Internet- und Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor ihre »schwarze Liste« mit Webseiten, die gesperrt werden mussten. Wie der damalige Leiter von Roskomnadsor, Andrej Lipow, Putin berichtete, hatte die Behörde bis 2020 bereits über eineinhalb Millionen Seiten im RuNet gesperrt oder daraus gelöscht.

Die erste große US-Plattform, LinkedIn, wurde 2016 gesperrt. Offiziell lautete der Grund, dass die Plattform

die Daten der Nutzer nicht innerhalb Russlands speicherte. Allerdings hatte sie nicht viele russische Nutzer (nur etwa 6 Millionen im Jahr 2016), und die Sperrung blieb fast unbemerkt. Dies brachte Roskomnadsor und den russischen Behörden die Erkenntnis, dass ein solches Vorgehen durchaus möglich war.

Im Jahr 2019 wurde das Gesetz über das sogenannte souveräne Internet verabschiedet: Damals behaupteten die Behörden, dessen Ziel sei es, das russische Internet davor zu schützen, vom Ausland aus abgeschaltet zu werden. Im Jahr 2021 ging die Regierung hart gegen den Tor-Browser (ein beliebtes Anonymisierungstool) vor und begann zudem, VPN-Dienste zu sperren (von denen später Dutzende verboten wurden).

Nach Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine im Jahr 2022 begann die Regierung unter dem Vorwand der Kriegszensur, viele weitere Internetquellen und -plattformen zu sperren. Im Jahr 2022 sperrten die Behörden Facebook und Instagram, blockierten Twitter vollständig (das zuvor nur verlangsamt worden war), Google News (jedoch nicht die Google-Suche) sowie die meisten unabhängigen russischen Medienseiten.

Die nächste Phase begann im Jahr 2024 und dauerte bis ins Jahr 2025 hinein. Die Regierung sperrte die Messenger-Dienste Viber, Discord und Signal (ein beliebter sicherer Messenger) und begann, WhatsApp und Telegram teilweise zu blockieren. YouTube wurde praktisch unzugänglich. Im August 2025 wurde eine landesweite Sperrung von WhatsApp angekündigt und der Messenger wurde tatsächlich bis Ende August gesperrt. Die Menschen wurden aufgefordert, auf einen neuen russischen Messenger namens Max umzusteigen, was zu stillem Widerstand führte, da Gerüchte kursierten, dass jegliche Kommunikation direkt an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet würde.

Wie sieht es derzeit aus?

In diesem Jahr erstellten die russischen Behörden eine »Whitelist« mit Websites, die nicht gesperrt werden dürfen, während alles andere für Nutzer in Russland nicht verfügbar sein würde. Vorerst soll dies nur der Fall sein, wenn das »mobile« Internet abgeschaltet wird. Experten zweifeln jedoch nicht daran, dass dies die Zukunft ist, die russische Internetnutzer erwartet. Dadurch wird das Land zu einer Art Nordkorea und das Internet zu einem »Inside-Net«. Die in den weißen Listen aufgeführten Internetquellen befinden sich ausschließlich in Russland, darunter unter anderem Regierungswebseiten, lokale Social-Media-Plattformen, E-Mail-Dienste, der lokale Yandex-Browser sowie lokale Banken und Marktplätze.

Die Einführung der weißen Listen steht vermutlich im Zusammenhang mit den zahlreichen und lange anhaltenden Abschaltungen des mobilen Internets, die

in Russland 2025 stattfanden. Als Vorwand für diese Abschaltungen dient die Behauptung, dass angeblich ukrainische Drohnen das mobile Internet nutzen würden, um Ziele zu identifizieren und die russische Treibstoffinfrastruktur anzugreifen. Laut dem Telegram-Kanal »Na swjasi«, der die täglichen Abschaltungen des mobilen Internets verfolgt, meldeten beispielsweise am 27. September 2025 54 Regionen Russlands Abschaltungen des mobilen Internets. Und in 30 Regionen wurden neben den Abschaltungen des mobilen Internets auch Whitelists mit verfügbaren Websites eingeführt.

Zusätzlich haben die russischen Behörden VPN-Diensten bereits den Krieg erklärt: Sie nutzen ein System zur tiefgreifenden Datenverkehrsanalyse, das sogenannte Deep Packet Inspection (DPI), um viele gängige VPN-Protokolle zu identifizieren und zu blockieren. Darüber hinaus unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin im Juli 2025 einen Erlass, der die Werbung für VPN-Dienste in ganz Russland verbietet.

Mikhail Klimarev, Leiter der Nichtregierungsorganisation »Liga für das freie Internet«, sagte, er gehe davon aus, dass sich das RuNet in etwa drei Jahren zu einem geschlossenen System entwickeln könnte. Die Entwicklungen schreiten jedoch so schnell voran, dass es durchaus möglich ist, dass die Schaffung eines vollständig »souveränen« RuNet zeitlich viel näher liegt.

Roskomnadsor und das Ministerium für digitale Entwicklung, Telekommunikation und Massenmedien (Minkomswjas) haben Maßnahmen ergriffen, um die verbleibenden in Russland ansässigen Plattformen wie die Suchmaschine Yandex, das soziale Netzwerk VK und den Online-Marktplatz Ozon dazu zu veranlassen, Nutzer zu sperren, die ihre Internetdienste unter Verwendung von VPNs nutzen. Laut einigen Medienberichten wurden sie mit Maßnahmen wie der Streichung von der Whitelist und dem Entzug ihrer Betriebslizenzen bedroht und waren daher gezwungen, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, in der sie sich zur Einhaltung dieser Anweisungen verpflichteten.

Nach Einschätzung der Journalistin Walerija Posytshanjud des Mediums The Bell, ist es wichtig zu verstehen, dass dies einen Wandel von passiver Internetzensur hin zu aktiver Durchsetzung markiert. Jede Anwendung oder Plattform wird im RuNet so zu Spyware, wenn sie im staatlichen Dienst steht, erklärt ein VPN-Entwickler in ihrem Bericht. Die Steuerung von Internetdiensten und ihrer Kunden ist eine äußerst wirksame und schwer zu umgehende Maßnahme.

Warum hat sich das beschleunigt?

Der Beginn der jüngsten Angriffe auf WhatsApp, Telegram, mobile Internetabschaltungen und VPNs geht auf den Sommer 2025 zurück. Wie Journalisten herausfanden, wurde zu diesem Zeitpunkt die gesamte Telekom-

munikations-, Internet- und IT-Branche von der Zweiten Abteilung des FSB (Föderaler Sicherheitsdienst) »kuriert«. Zuvor kamen die Entscheidungen vom Ersten Dienst und wurden von technischen Einheiten umgesetzt. Diese Einheiten waren den Unternehmen vertraut und sprachen eine gewissermaßen gemeinsame technische Sprache. Spätestens seit letztem Sommer wurde die Kontrolle über das RuNet an die Zweite Abteilung übertragen, die nun entschlossen versucht, es von »feindlichen Kommunikationsmitteln« zu säubern.

Das ist wichtig, weil der FSB keine Regulierungsbehörde ist; ihm sind die Folgen für die Wirtschaft oder das Wohlergehen der Bürger egal: Ihm geht es um (imaginäre) Sicherheit und die (reale) Unterdrückung abweichender Meinungen. Wie der zivilgesellschaftliche Aktivist und Datenwissenschaftler Denis Jagodin schrieb: Die meisten analytischen Ansätze haben autoritäre Internetkontrolle als einen einzigen Regler behandelt: strenger, lockerer, an, aus. Russland im Jahr 2025 zeigt zwei Machtzentren, mit unterschiedlichen Zeithorizonten, die sich dieselbe physische Infrastruktur teilen. Das eine dreht sich langsam und kontinuierlich. Das andere schaltet um.

Dies ist, glaube ich, die neue Standardform des autoritären Internets, und zwar nicht nur in Russland. Als das Zentrum von Moskau im März dieses Jahres fast drei Wochen lang kein mobiles Internet hatte, froren Taxi-Apps ein, Geldautomaten waren nicht erreichbar, Parkuhren verweigerten Zahlungen; die Listen der zu deaktivierenden Basisstationen stammten aus der For-

schungs- und Technikabteilung des FSB und wurden direkt an die Telekommunikationsbetreiber weitergeleitet. Die Liste wurde nicht von Leuten verfasst, die Kosten-Nutzen-Analysen durchführen.

Wie geht es weiter?

Die Menschen sind nicht glücklich darüber, dass ihnen das Internet vorenthalten wird. Selbst diejenigen, die das Regime unterstützen, aber die Kosten und die Absurdität des Geschehens erkennen, versuchten, ihre Stimme zu erheben. Ein Beispiel ist Natalija Kasperskaja, deren Unternehmen zahlreiche Zensursoftware entwickelt hatte; sie sagte, Roskomnadsor habe »in der Raserei, Methoden zur Umgehung von Sperren zu bekämpfen, die Hälfte der Dienste im RuNet lahmgelegt«. Später musste sie ihren Beitrag löschen und sich entschuldigen.

Auch auf dem (gesperrten) Instagram gibt es einen »Aufstand«. Die Menschen nutzen es trotz der Sperre; einer Schätzung zufolge wissen mittlerweile über 60 Millionen Russen, wie man VPNs nutzt, und setzen diese Kenntnis aktiv ein. Doch alle öffentlichen Proteste wurden verboten, und der Kampf gegen VPNs geht weiter.

Der nächste Schritt ist bereits angekündigt und wird umgesetzt: Die Regierung will die Zahl der terrestrischen Internetanbieter von Tausenden auf vielleicht Dutzende reduzieren. Wenn dies geschieht, wird es viel einfacher sein, sowohl das gesamte Internet abzuschalten als auch Whitelists zu nutzen und so Putins Traum von »Souveränität« für »sein« Land zu verwirklichen.

Über die Autorin

Daria Dergacheva ist Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin. Ihr Forschungsinteresse liegt auf Plattformen- und KI-Gouvernance, digitalem Autoritarismus, Propaganda- und Desinformation. Sie verfügt über Arbeitserfahrung im Journalismus und ist derzeit Redakteurin für Mittel- und Osteuropa bei Global Voices sowie Autorin und Forscherin zu den Themen Technologie und Regionen der Global Majority-Welt. Sie ist beratendes Mitglied des Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung, der Universität Bremen (ZeMKI).

Lesetipps:

- Meduza, 21.06.2025, A brief (and incomplete) history From anti-piracy policing to banning WhatsApp, behold the evolution of Russian Internet censorship, <https://meduza.io/en/feature/2025/07/21/a-brief-and-incomplete-history>.
- Accessnow.org, Anastasiya, 28.07.2025, Russia's record war on connectivity, <https://www.accessnow.org/russias-record-war-on-connectivity/>.

Russisch-ukrainischer Krieg: Verletzung der Lufträume von Nachbarländern

Der russisch-ukrainische Krieg umfasst auch regelmäßige massive Luftangriffe: seit 2022 in Form russischer Angriffe auf zivile Infrastruktur in der gesamten Ukraine, seit einiger Zeit zunehmend auch durch ukrainische Angriffe auf russische Unternehmen und Infrastruktur im Bereich Rüstung und Erdöl weit entfernt von der Front.

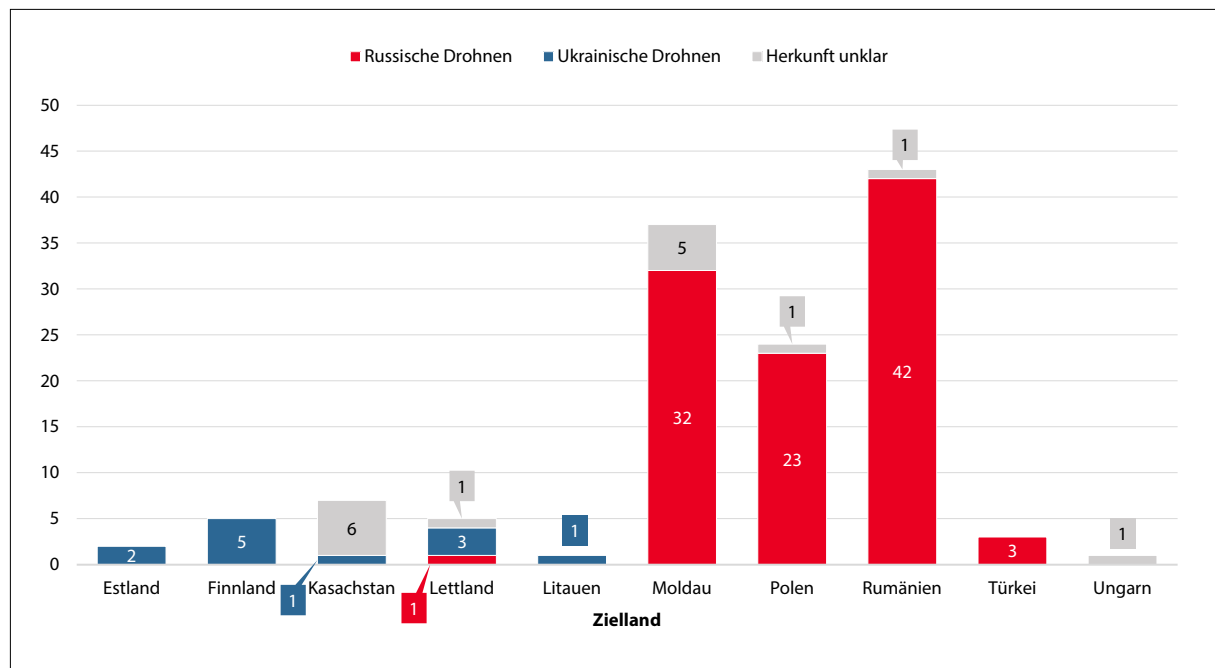
Dabei wurden wiederholt die Lufträume von Nachbarländern verletzt. Eine von den Russland-Analysen erstellte Liste, basierend auf freizugänglichen Quellen, zählt insgesamt 111 Vorfälle, die teilweise mehrere Luftraumverletzungen im Zuge eines Angriffs umfassen. Die Daten haben wir frei zugänglich im »Discuss Data«-Datenrepositorium veröffentlicht: <https://doi.org/10.48320/605FF859-01B0-41CD-9559-E89C9B186781>

Teilweise handelte es sich um Versehen, vor allem im grenznahen Bereich, teilweise gelangten abgelenkte oder zerstörte Drohnen und Raketen auf das Territorium der Nachbarländer, teilweise wurde aber wohl auch das Gebiet von Drittstaaten bewusst als bessere Route für Angriffe ausgewählt.

Solche Luftraumverletzungen sorgten aber nur dann für Schlagzeilen, wenn sie große Konsequenzen hatten, vor allem als im November 2022 in Polen zwei Menschen durch Raketenrümmer starben, als Estland und Polen im Herbst 2025 den UN-Sicherheitsrat und einen NATO-Schutzmechanismus anriefen und zuletzt im Mai 2026 als nach dem Absturz ukrainischer Drohnen in Lettland zuerst der Verteidigungsminister des Landes und dann die Ministerpräsidentin zurücktraten.

Wie der folgende Überblick zeigt, betreffen aber die bei weitem meisten Verletzungen des Luftraums von nicht-kriegführenden Nachbarländern die Republik Moldau und Rumänien.

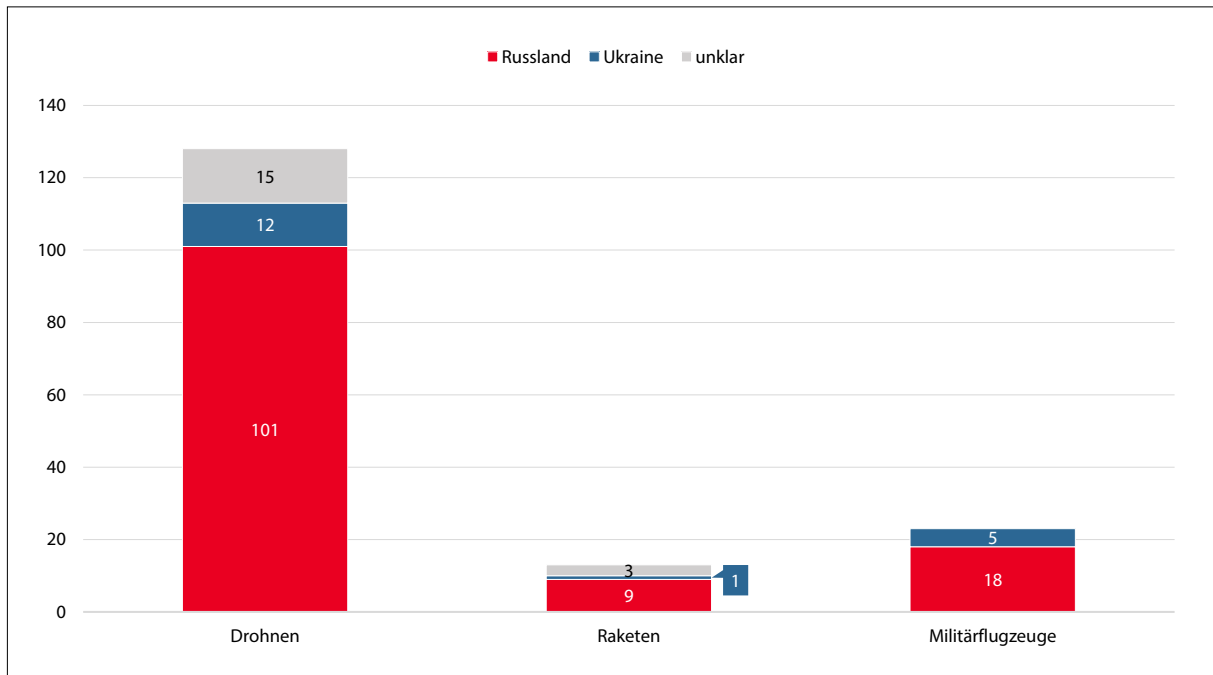
Grafik 1: Luftraumverletzungen durch russische und ukrainische Drohnen nach Ländern, 2022–2026



Anmerkung: Alle Zahlen geben die belegte Mindestzahl an. Die Zahlen für Kasachstan sind widersprüchlich. Stand 17.05.2026

Quelle: Heiko Pleines (2026): Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war. – Version 1: 24 Feb. 2022 - 17 May 2026, v. 1.0, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/605FF859-01B0-41CD-9559-E89C9B186781>

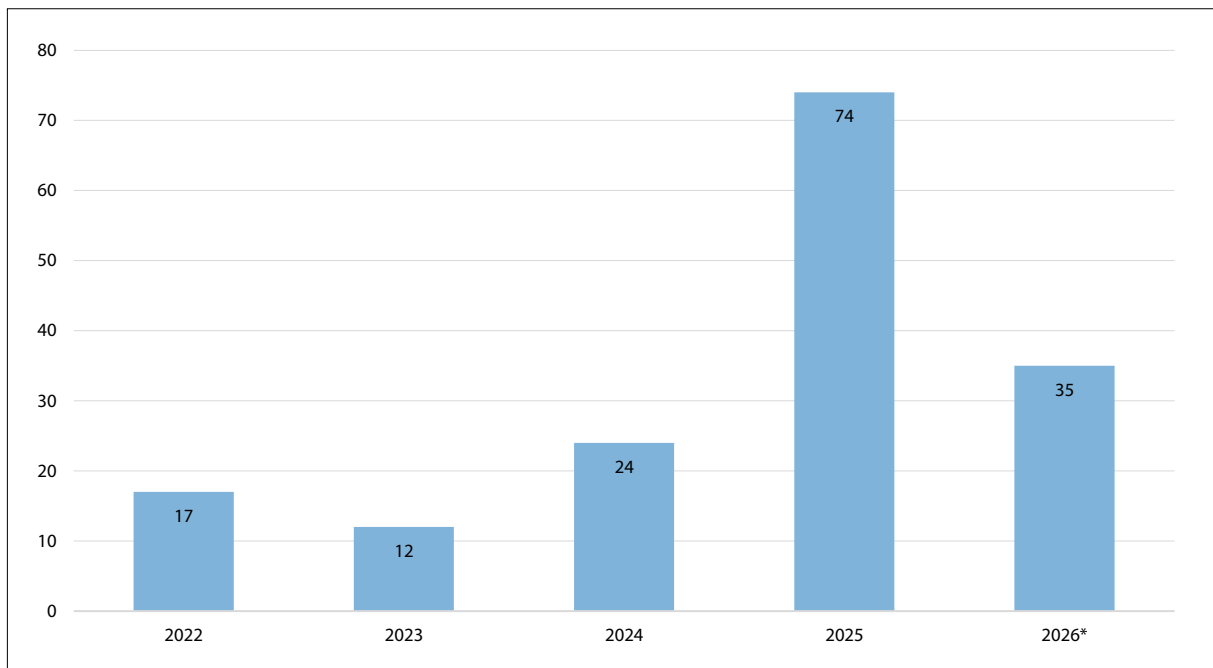
Grafik 2: Luftraumverletzungen nach Art des Fluggeräts, alle Nachbarländer 2022–2026



Stand 17.05.2026

Quelle: Heiko Pleines (2026): *Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war*. – Version 1: 24 Feb. 2022 - 17 May 2026, v. 1.0, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/605FF859-01B0-41CD-9559-E89C9B186781>

Grafik 3: Luftraumverletzungen nach Jahren, alle Nachbarländer 2022–2026



*Stand 17.05.2026

Quelle: Heiko Pleines (2026): *Violations of non-combatant airspace during the Russo-Ukrainian war*. – Version 1: 24 Feb. 2022 - 17 May 2026, v. 1.0, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/605FF859-01B0-41CD-9559-E89C9B186781>

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Alena Schwarz (Chronik)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

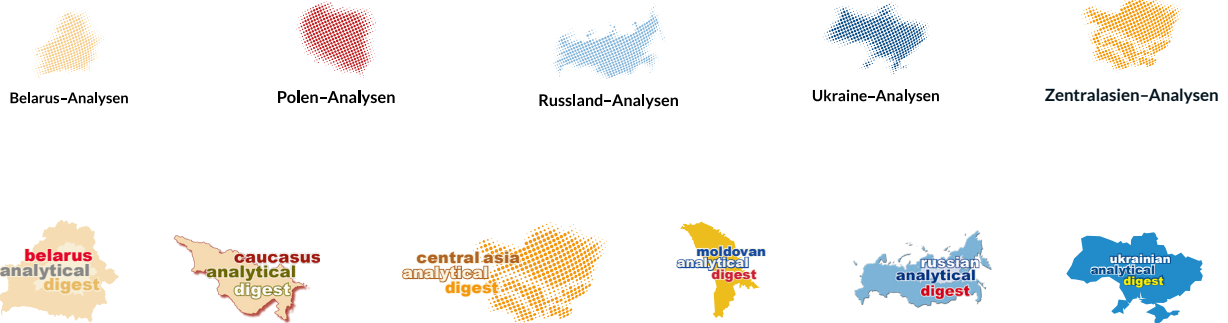
Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

